

## **1. UNSERE ORIENTIERUNG FÜR DIE 20ER JAHRE - EINE DEKADE DER SOZIALDEMOKRATIE**

Deutschland hat alle Chancen für eine erfolgreiche und gerechte Zukunft in den jetzt beginnenden 20er Jahren. Aber die anwachsende soziale Ungleichheit, zu geringe Aufstiegschancen und die daraus entstehenden Unsicherheiten bedrohen nicht nur den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Immer mehr Wissenschaftler\*innen weisen darauf hin, dass diese Phänomene auch die wirtschaftliche und die gesellschaftliche Entwicklung bremsen. Globalisierung und Digitalisierung können die Ungleichheit vertiefen, und auch der Umbau der Wirtschaft zur Klimaneutralität kann die Entwicklung noch verstärken, wenn er nicht sozial gerecht gestaltet wird. Unser klares Ziel ist es, allen Kräften eine politische Heimat zu bieten, die bereit sind, den Ursachen dieser Entwicklungen auf den Grund zu gehen und sich gegen Spaltung und für Zusammenhalt zu engagieren. Das gilt auch für die europäische Ebene. Deutschland übernimmt in der 2. Hälfte dieses Jahres die EU-Ratspräsidentschaft. Wir sehen darin eine große Chance, soziale und ökologische Ziele voranzubringen.

Das Weltwirtschaftsforum in Davos attestiert Deutschland und vielen anderen Ländern enormen Nachholbedarf bei den sozialen Aufstiegschancen, von dem das Land auch ökonomisch profitieren würde. Als größte Hürde für die soziale Mobilität in Deutschland werden die Abhängigkeit von Bildungschancen und Zugang zur Technologie vom sozioökonomischen Hintergrund genannt. Zur Überwindung dieser Hürden empfehlen die Wissenschaftler eine Politik der Verteilungsgerechtigkeit von Bildungschancen, von Einkommen und von sozialer Sicherheit. Ungleichheit zu überwinden und im Wandel Schutz und Entwicklungschancen für alle zu ermöglichen, ist unser Auftrag.

Wie wir ihn einlösen wollen, darauf haben wir im Dezember auf unserem Bundesparteitag Antworten gegeben – in unseren Beschlüssen zur Tarifstärkung, zum Mindestlohn, zum Sozialstaat, zur Kindergrundsicherung, zur Pflege, zum bezahlbaren Wohnen, zum sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft und zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer und durch einen investierenden Staat. Mit dem Leitantrag „Aufbruch in die neue Zeit“ haben wir vom Parteitag das Mandat erhalten, unsere Konzepte Zug um Zug umzusetzen. Ob und wieviel wir davon in der Großen Koalition umsetzen können, wird sich zeigen. Manches geht nur in neuen Konstellationen. Unser Ziel ist aber klar: Wir arbeiten dafür, unser Land gerechter und damit zukunftsfähig zu machen. Für eine Dekade der sozialen Demokratie.

## **Ein Sozialstaat für eine neue Zeit**

Wir haben in unserem Beschluss auf dem Bundesparteitag zum Sozialstaat für eine neue Zeit deutlich gemacht, was unsere Vision für einen Sozialstaat der Zukunft ist: Wir wollen einen Sozialstaat, der den Bürger\*innen soziale Rechte zugesteht und in der Verantwortung steht, das Leben der Menschen leichter und sicherer zu machen. Darum muss er möglichst unbürokratisch, transparent, verlässlich und ohne Hürden zugänglich sein. Zu diesem Sozialstaat gehören auch anständige Löhne für Männer UND Frauen, starke Arbeitnehmerrechte, eine Kindergrundsicherung, Absicherung im Alter, menschenwürdige Pflege und bezahlbarer Wohnraum.

## **Gute Arbeit und gerechte Löhne**

Erwerbsarbeit ist Voraussetzung für Teilhabe, Selbstbestimmung und Anerkennung. Arbeit dient also nicht nur, aber auch dem Broterwerb. Ein gerechter Lohn ist deshalb Zeichen der Anerkennung und gleichzeitig die Grundlage, ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Eine gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen ist die Voraussetzung für ein nachhaltiges und stabiles Wachstum, für ein hohes Beschäftigungsniveau, für Innovationen und für ein intaktes Gemeinwesen.

Wir wollen die Arbeit von morgen gestalten: Die Digitalisierung ebenso wie die Erfordernisse eines Wandels hin zur ökologischen Nachhaltigkeit verändern unsere Wirtschaft und Arbeitswelt rasant. Von dieser Entwicklung sind große Teile unserer Industrie und ihrer Zulieferbetriebe erfasst, aber auch in Dienstleistung und Handel verändern sich die Anforderungen. Die Beschäftigten von heute sollen die Arbeit von morgen nicht als Bedrohung empfinden. Sie sollen mit Zuversicht in den Wandel gehen und ihn mitgestalten. Wir sehen hier dringenden und schnellen Handlungsbedarf, um Angst und Unsicherheit zu begegnen: In einer Umfrage des Beratungsunternehmens Edelmann haben 73 Prozent der deutschen Arbeitnehmer\*innen Angst vor Verlust des Arbeitsplatzes angegeben; die Hälfte meint, der technologische Wandel schreite mit zu hoher Geschwindigkeit voran.

Wir wollen die Arbeit in der Transformation sichern und den Arbeitnehmer\*innen Schutz und Weiterentwicklung ermöglichen. Deswegen wollen wir Qualifizierung und Weiterbildung in den bestehenden arbeitsmarktpolitischen Instrumenten zügig stärken und das von Bundesarbeitsminister Hubertus Heil vorgelegte Arbeit-von-Morgen-Gesetz rasch umsetzen.

Der Mindestlohn muss steigen: Seit in den 90er Jahren ein – phasenweise auch politisch gewollter – Druck auf die Löhne entstand, wächst der Anteil der Beschäftigten, deren Erwerbseinkommen nicht ausreicht, um die Existenz zu

sichern. Der aufwachsende Sektor von Niedriglöhnen und prekärer Beschäftigung hat sich für die meisten Beschäftigten nicht etwa als Sprungbrett erwiesen und hat den Arbeitsmarkt auf Dauer gespalten. Der Druck auf Einkommen und Arbeitsbedingungen bis weit in die Mittelschichten hat zu Unsicherheit und weiterer Polarisierung der Gesellschaft geführt. Der WSI-Verteilungsbericht 2019 zeigt, dass sowohl die Zahl der Armen (Menschen, die von weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens leben müssen, inzwischen 17 Prozent) als auch die Zahl der sehr Reichen (ab 300 Prozent des Medianeinkommens) in Deutschland in den vergangenen Jahren gewachsen ist. Das kann kein Zukunftsmodell für Deutschland im 21. Jahrhundert sein. In der sich abkühlenden Konjunktur entstehen aus der sozialen Ungleichheit wachsende Risiken. Gute Produkte und Dienstleistungen und hohe Produktivität setzen auch gute Bezahlung voraus, ebenso wie Investitionen in die Qualifizierung und sichere, auf Dauer angelegte gute Arbeitsbedingungen.

Die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns hat sich als Erfolgsmodell erwiesen. Die Stundenlöhne am unteren Rand wurden deutlich erhöht (Geringverdiener erhalten durch die Einführung des Mindestlohns durchschnittlich 18 Prozent mehr Gehalt, auch die Gehälter angrenzender Lohngruppen stiegen), ohne dass es negative Beschäftigungseffekte gegeben hätte. Das Gegenteil ist der Fall: Die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten ist seit Einführung des Mindestlohns um rund 2,2 Millionen gestiegen, und die höheren Löhne haben den Konsum steigen lassen (um 0,5 bis 0,7 Prozent), das hat die Wirtschaft wachsen lassen. Allerdings ist der Mindestlohn in seiner heutigen Höhe auch in Vollzeitbeschäftigung nicht armutsfest, und vor allem kann aus ihm kein Anspruch auf eine armutsfeste Rente erwirtschaftet werden.

Für das bis dato in der deutschen Arbeitsmarktgeschichte unbekanntes Instrument wurde mit 8,50 Euro ein sehr vorsichtiger Einstieg gewählt. Seither hat die Mindestlohnkommission den Spielraum bei der Erhöhung nicht ausgeschöpft. Dieser Spielraum besteht aus der nachlaufenden Orientierung an der Tarifentwicklung, aber auch in einer Gesamtabwägung, welche Höhe des Mindestlohns geeignet ist, zu einem angemessenen Mindestschutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beizutragen. Wir wollen, dass der Mindestlohn schneller und perspektivisch auf 12 Euro steigt und wollen daher angesichts der anstehenden Entscheidung der Mindestlohnkommission vor der Sommerpause und der Evaluierung des Mindestlohn-Gesetzes im Herbst in der Koalition über eine Weiterentwicklung des Mindestlohns entscheiden. Gleichzeitig wollen wir die deutsche EU-Ratspräsidentschaft nutzen, um in allen Mitgliedsstaaten Europas die Einführung von Mindestlöhnen voranzutreiben, die mindestens 60 Prozent des nationalen Medianlohns betragen und so vor Armut schützen und Lohndumping in Europa verhindern.

Die Tarifbindung stärken: Die Tarifautonomie und das Tarifvertragsgesetz haben sich bewährt und sind eine wesentliche Grundlage des wirtschaftlichen Erfolges unseres Landes. Tarifverträge sorgen für bessere Arbeitsbedingungen und mehr Lohngerechtigkeit. Sie bieten Arbeitgebern Planungssicherheit, sozialen Frieden und gleiche Wettbewerbsbedingungen.

Diese Errungenschaften, um die uns viele Länder beneiden, werden seit Jahren aufs Spiel gesetzt. Immer mehr Betriebe gehen aus der Tarifbindung. Und die Arbeitgeberverbände bieten „Ohne-Tarif-Mitgliedschaften“ (OT) an. Es wachsen darüber hinaus die Zonen auf dem Arbeitsmarkt, in denen Tarifverträge bislang nicht oder nur geringfügig verankert werden konnten. Nur noch 47 % der Beschäftigten in Deutschland stehen unter dem Schutz eines Tarifvertrages. Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften sind gleichermaßen gefordert, die Tarifbindung wieder zu stärken.

Wir wollen aber auch als Politik unseren Beitrag dazu leisten, dass im Verantwortungsbereich des Staates die Tarifbindung steigt. Wir wollen die Möglichkeit, Tarifverträge allgemeinverbindlich zu erklären, weiter erleichtern. Bisherige Reformen wie das „Tarifautonomiestärkungsgesetz“ haben bislang keine durchschlagende Wirkung erzielt, sodass wir hier einen neuen Anlauf brauchen. Dazu gehört auch, darüber nachzudenken, wie wir konkrete Anreize für Unternehmen und Beschäftigte schaffen können, um die Tarifbindung zu stärken.

Auch muss die öffentliche Hand bei der Stärkung der Tarifbindung bei eigenen Aufträgen mit gutem Beispiel vorangehen. Jedes Jahr werden in Deutschland öffentliche Aufträge mit einem Volumen von ca. 500 Milliarden Euro vergeben. Auf den Bund entfallen davon rund 22 Prozent. Wir wollen in den nächsten Jahren die Investitionstätigkeit des Bundes weiter steigern. Der Bund muss bei der Tarifbindung bei eigenen Aufträgen mit gutem Beispiel vorangehen. Im Gegensatz zu den meisten Bundesländern gibt es im Bund noch kein Tariftreuegesetz, das die Auftragsvergabe an die Tarifbindung der Betriebe knüpft, die sich bewerben. Das wollen wir ändern. So stärken wir durch Zukunftsinvestitionen die Tarifbindung. Besonders wichtig ist das für die Beschäftigten in Ostdeutschland, wo die Tarifbindung noch deutlich geringer ist als im Westen. 30 Jahre nach der deutschen Einheit muss auch die Lohnmauer zwischen Ost und West fallen.

### **Investitionen in Zukunft und Zusammenhalt**

Es ist eine zentrale Aufgabe des Staates, das Wohlstandsniveau im Land zu sichern, weiter auszubauen, die Teilhabe am Wohlstand zu verbreitern und dafür zu sorgen, dass die Gesellschaft sozial stabil bleibt. Wir wollen den grundlegenden Wandel, der gerade stattfindet, nutzen, damit sich unsere Gesellschaft

zum Besseren weiterentwickelt und dafür sorgen, dass die Menschen selbstbestimmt mitgestalten können. Dazu brauchen wir eine umfassende soziale Sicherung, aber auch bezahlbaren Wohnraum und Krankenhäuser in öffentlicher Trägerschaft auf Top-Niveau. Wir wollen die Menschheitsaufgabe Klimaschutz mit einem starken Wirtschaftsstandort Deutschland verbinden. Dazu brauchen wir ein gutes Umfeld für Innovationen, Forschung und Entwicklung, vor allem für die Industrie. Unser Ziel ist es, Deutschland mit einer hochmodernen Infrastruktur auszustatten, die den Anforderungen einer digitalen und ökologisch nachhaltigen Produktionsweise gerecht wird, ohne Menschen und Regionen abzuhängen. Dabei wollen wir die Freiheitsspielräume des Einzelnen durch den Zugang zu hochmoderner digitaler Technologie erweitern. Dafür brauchen wir eine umfassende digitale Infrastruktur, leistungsfähige Verkehrsnetze und bestens ausgestattete Schulen. Durch Substanzverzehr und zu geringe Investitionstätigkeit in den Um- und Ausbau der staatlichen Infrastruktur über Jahrzehnte hat Deutschland einiges aufzuholen, um den digitalen und ökologischen Herausforderungen gerecht zu werden. Es besteht dringender Handlungsbedarf, wenn wir die Position Deutschlands in der Spitzengruppe der Industrienationen nicht gefährden wollen.

Erstmalig forderten vor wenigen Wochen der Bundesverband der Deutschen Industrie gemeinsam mit dem DGB, gestützt auf ein Gutachten ihrer Wirtschaftsinstitute, eine langfristig angelegte und stetige Investitionsoffensive auf hohem Niveau, die die ausreichende Finanzierung, aber auch die notwendigen Planungs- und Realisierungskapazitäten entstehen lässt. Die Institute beziffern den Bedarf auf allen Ebenen des Staates zusammen (also Bund, Länder, Kommunen) für die nächsten zehn Jahre auf mindestens 450 Milliarden Euro zusätzlich zu den für 2019 und die Folgejahre bereits budgetierten und angelegten Ausgaben. Den Instituten geht es insbesondere um die Langfristigkeit und Stetigkeit der Mittelbereitstellung unabhängig von der Kassenlage, weil nur so die Planungssicherheit für den Kapazitätsaufbau in den entsprechenden Industrien und im öffentlichen Sektor ermöglicht wird und für eine kontinuierlich dynamische Investitionstätigkeit gesorgt werden kann. Dieser Zielsetzung haben wir uns auf dem Bundesparteitag angeschlossen und den investierenden Staat als ein Leitthema identifiziert, bei dem, wie im Koalitionsvertrag in der „Revisionsklausel“ vereinbart, geprüft werden muss, ob „aufgrund aktueller Entwicklungen neue Vorhaben vereinbart werden müssen“.

Wir brauchen in diesen Zeiten des grundlegenden Wandels unserer Wirtschaft und unserer Gesellschaft eine Politik starker öffentlicher Investitionen in unser Gemeinwesen, die Kontinuität garantiert. Wir haben den Pfad höherer Investitionen in der Bundesregierung bereits betreten. Der Bundesminister der Finanzen hat mit der Haushaltsplanung wichtige Weichen dafür gestellt, die Investitionstätigkeit des Bundes deutlich zu erhöhen und die Investitions-

bedingungen von Ländern und Kommunen deutlich zu verbessern. Diese Planung wollen wir als Startbahn für ein verlässliches Langfristprogramm nutzen. 2020 steht auf Bundesebene die Rekordsumme von 42,9 Mrd. für Investitionen zur Verfügung. Wir Sozialdemokraten wollen, dass das Investitionsniveau in den kommenden 10 Jahren fortgeschrieben und dynamisiert wird. Grundlage hierfür sind die auch im Koalitionsvertrag explizit aufgeführten großen Investitionsbedarfe u.a. für eine Wohnraumoffensive, eine moderne Verkehrsinfrastruktur, Digitalisierung/Breitbandausbau oder Bildung und Forschung.

Der immer wieder als stockend beklagte Abfluss der Investitionsmittel hat sich inzwischen stark beschleunigt: In den Bundeshaushalt 2019 wurden 38,9 Milliarden für Investitionen eingestellt, und 38 Milliarden flossen ab – es ist offensichtlich, dass die Planungsbeschleunigung wirkt. Der größte Investitionsstau liegt mit 140 Milliarden bei den Kommunen. Umso wichtiger ist es, auf allen politischen Ebenen Investitionshemmnisse zu beseitigen. Der von Finanzminister Olaf Scholz vorangetriebene Abbau kommunaler Altschulden ist deshalb ein wichtiges Element eines langfristig angelegten Investitionsprogramms. Er würde 2.500 Kommunen in außergewöhnlich schwieriger Finanzlage von ihren Altschulden befreien und damit die entscheidende Voraussetzung dafür schaffen, dass besonders dort investiert werden kann, wo der Renovierungs- und Modernisierungsbedarf am größten ist. Ganz generell gilt es, die Investitionsfähigkeit der Kommunen durch mehr Personal zu erweitern – damit genug ausgebildete Menschen vor Ort sind, um die Maßnahmen zu planen.

Die von den Instituten für die kommenden 10 Jahre berechneten nötigen Investitionen von Bund, Ländern und Kommunen sind explizit als zusätzlich zum seinerzeit aktuellen Planungsstand definiert worden. Deshalb wollen wir die Überschüsse im Bundeshaushalt von 13 Milliarden dazu nutzen, die Investitionstätigkeit des Bundes noch in dieser Legislaturperiode zu erweitern. Die SPD wird diese Strategie auf der Basis aktualisierter Daten fortschreiben und die dazu notwendige Weiterentwicklung des Rechts- und Finanzierungsrahmens unterstützen. Statt Unternehmenssteuersätze zu senken, wollen wir Arbeitnehmer\*innen mit kleinen und mittleren Einkommen entlasten – bis in den Bereich der gehobenen Facharbeiterschaft.

Diese profitieren insbesondere auch von Investitionen in die soziale und technische Infrastruktur. Insbesondere sind laut Gutachten Investitionen beim Abbau des Sanierungsstaus bei der kommunalen Infrastruktur, bei den Betriebskosten der Ganztagschulen, über die geplanten 8,2 Mrd. Euro hinaus weitere Mittel für den Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs und für die Dekarbonisierung der Wirtschaft nötig. Der Bund muss zudem seine Vorbildfunktion beim Klimaschutz verstärkt wahrnehmen und die energetische Sanierung der eigenen Liegenschaften noch einmal forcieren sowie den Wohnungsneubau des Bundes (mittels der BIMA) beschleunigen.

Für das Klimaschutzprogramm sind bereits Investitionen in Höhe von 66 Mrd. Euro eingeplant – u.a. für CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierung, die Förderung der Elektromobilität, die Energiespeicherung, Wärmenetze und die Unterstützung der Dekarbonisierung der Industrie. Wir müssen Mittel und Wege finden, um in diesem grundlegenden Wandel handlungsfähig zu bleiben – vor allem in Zeiten schwacher Konjunktur. Wir schlagen daher vor, einen Zukunftsfonds aufzulegen bzw. den vorhandenen Energie- und Klimafonds entsprechend aufzurüsten, insbesondere wenn im Zuge der im Klimaschutzgesetz vereinbarten Überprüfungsklausel ein weiterer Investitionsbedarf zur Erreichung der Klimaziele offenbar wird.

### **Digitalisierung demokratisch gestalten für individuelle und staatliche Souveränität**

Unser Ziel ist sozialer, ökologischer und wirtschaftlich nachhaltiger Wohlstand für die Vielen statt Monopolisierung und immer mehr Reichtum für die Wenigen. Den technologischen Fortschritt durch die Digitalisierung wollen wir nutzen, damit es der großen Mehrheit der Menschen besser geht. Es ist höchste Zeit, den gesamtgesellschaftlichen Nutzen in den Fokus zu rücken, statt primär auf wirtschaftliche Interessen Einzelner zu schauen. Auch mit Blick auf diese Herausforderungen werden wir mit dem Koalitionspartner über die Notwendigkeit neuer Vorhaben sprechen.

## **2. DIE SPD GEHT IN DIE NEUE ZEIT**

Auf dem Bundesparteitag haben wir mit dem Beschluss zur Organisationspolitischen Neuaufstellung die Weichen für den Ausbau und die Modernisierung unserer Beteiligungsmöglichkeiten gestellt. Auf der Jahresauftaktklausur am 9./10.2.2020 beschließen wir mit der Jahresplanung 2020 den Fahrplan für den weiteren Umbau der SPD hin zu einer Partei mit moderner Kampagnenstruktur und Arbeitsformen, die Parteibasis und gesellschaftliche Bewegungen stärker in die programmatische Entwicklung einbeziehen. Besondere Priorität hat für uns dabei auf der einen Seite die Entwicklung der Onlinethemenforen. Auf der anderen Seite wollen wir Veranstaltungsformate weiterentwickeln, bei denen wir mit unseren Mitgliedern und interessierten Bürgerinnen und Bürgern in die politische Debatte zur Vision einer gerechten Gesellschaft und zu unseren programmatischen Zielen kommen wollen. Gleichzeitig setzen wir unseren Prozess zur programmatischen Weiterentwicklung fort, u.a. mit einem Konvent, der sich u.a. mit der Zukunft der Alterssicherung befassen wird, und mit der Weiterentwicklung unseres digitalen Grundsatzprogramms #digitalLEBEN.

### 3. DIE SPD ALS EUROPAPARTEI UND DIE DEUTSCHE EU-RATSPRÄSIDENTSCHAFT

In der zweiten Jahreshälfte übernimmt Deutschland die EU-Ratspräsidentschaft. Es ist ohne Zweifel eine der wichtigsten Ratspräsidentschaften seit langem. Die bevorstehenden Herausforderungen und europäischen Entscheidungen, nicht zuletzt das Brexit-Abkommen mit Großbritannien, der Mehrjährige Finanzrahmen und die Einhaltung unserer europäischen Grundwerte, sind bereits jetzt umfassend.

Als Regierungspartei und vor allem auch als DIE Europapartei in Deutschland ist es unser gemeinsames Interesse, dass es eine erfolgreiche Ratspräsidentschaft wird. Wir wollen Europa voranbringen. Wir wollen die deutsche EU-Ratspräsidentschaft dazu nutzen, die Demokratie, Grundrechte und Rechtsstaatlichkeit in Europa zu stärken, die sozialen Rechte und Standards europaweit zu stärken, den *European Green Deal* auf den Weg zu bringen, für mehr Steuergerechtigkeit zu sorgen und Europas Engagement bei der Bewältigung von internationalen Krisen- und Konflikten stärken. Wir haben mit dem Europa-Kapitel im Koalitionsvertrag ambitionierte und weitreichende Maßnahmen beschlossen. Dazu zählt u.a. einen Rahmen für europäische Mindestlöhne sowie nationale Grundsicherungssysteme zu schaffen und die Sozialpartnerschaft zu stärken.

Das Europakapitel im Koalitionsvertrag gilt es weiter mit Leben zu füllen – das haben wir auf dem Parteitag nochmals unterstrichen. In diesen Kontext gehören insbesondere die Vorstöße für Steuerehrlichkeit und eine aufeinander abgestimmte und gerechte Unternehmensbesteuerung in der gesamten Europäischen Union. Die europäische Fiskalpolitik atmet immer noch den Geist neoliberaler Lösungsansätze. Wir brauchen faire Regeln im Umgang miteinander, die das gesamte Potenzial der EU zur Geltung kommen lassen und zum Wohlstand aller Europäerinnen und Europäer beitragen.

Für uns beschränkt sich Europa nicht auf die Summe nationaler Interessen. Europa ist mehr, als Gipfeltreffen von Regierungschefs. Wir verstehen Europa als eine gemeinsame Aufgabe. Über Grenzen hinweg. Im Interesse unserer gemeinsamen Zukunft muss die Europäische Union zum Motor des dringend benötigten sozial-ökologischen Wandels werden. Diesen Gedanken wollen wir auch während der EU-Ratspräsidentschaft zum Ausdruck bringen und unseren Einfluss auf europäischer wie auch globaler Ebene geltend machen. Unser europapolitisches Engagement und unsere Zusammenarbeit im Rahmen der SPE werden wir weiter intensivieren.